



Zur Leipziger Buchmesse stellen wir auf 24 Seiten neue Romane und Sachbücher vor.

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Mittwoch, 14. März 2018

73. Jahrgang/Nr. 62

Bundesausgabe 1,80 €

www.neues-deutschland.de

STANDPUNKT

Ausweitung der Konfliktzone

Christian Baron freut sich diesmal nicht auf die Leipziger Buchmesse

Der Schriftsteller Uwe Tellkamp plappert Pegida-Sprüche nach und Suhrkamp teilt daraufhin mit, dass die Haltung eines Autors nicht immer deckungsgleich sei mit der seines Verlags. Worüber sagt dieser seit Tagen die Feuilletons beschäftigende Vorgang mehr aus: über die Angst im Hause des hohen Geistes vor einem Gesinnungspranger oder über das Gemeinwesen, in dem ein Verlag etwas so Selbstverständliches mitteilen zu müssen meint?

Diese Frage ist keine Lappalie, denn zu Beginn der Leipziger Buchmesse richtet sie sich an den gesamten Kulturbetrieb. Es steht zu befürchten, dass es mehr um politische Überzeugungen gehen wird als um Literatur. Rechte Vertreter der Branche werden, wie vor einem halben Jahr in Frankfurt, erneut gezielte Provokationen einsetzen, um den linksliberalen Mainstream einem raffinierten Test zu unterziehen: Wie wichtig ist ihm jener Wert der Meinungsfreiheit, für dessen Abschaffungsgelüste er die Rechten so gern kritisiert?

Linksradikale Gruppen, bürgerliche Initiativen und Lokalpolitiker der Linkspartei wollten ein Auftrittsverbot für rechte Verlage erwirken. Glücklicherweise sind sie damit gescheitert. Wenn die offene Gesellschaft schon zum wiederholten Mal ein Spektakel des freien Wortes durch Kulturlose kapern lässt, dann muss sie die abweichenden Meinungen auch aushalten. Die als Intellektuelle anerkannt werden wollenden »Neuen Rechten« sollte sie dort schlagen, wo sie am verwundbarsten sind: bei den Argumenten.

UNTEN LINKS

Nachdem die Autoren dieser kleinen Rubrik wirklich alles versucht haben, die SPD an ihre soziale Verantwortung für Sigmar Gabriel zu erinnern, ist die Chance nun vertan. Der Bürgermeisterposten in Berlin-Neukölln ist besetzt, und wie man Gabriel kennt, wird er beleidigt von dannen ziehen, weil ein Posten, den man ihm verweigert, sowieso nichts taugt. Mit dem Problembezirk aber wird es von nun an abwärts gehen, da ist nichts zu machen. Kampf mit der CDU um die Regierungsmacht ist unausweichlich, der soziale Brennpunkt wird zum Flächenbrand, marodierende Banden werden zum Alltagsbild gehören. Angrenzende Bezirke geraten in Unordnung, sehen sich bald von einer Flüchtlingskrise überfordert. Sie werden Neukölln zum Ausland erklären, die Bekämpfung der Fluchtursachen verlangen, vielleicht eine Flugverbotszone. Dann wird Diplomatie gefragt sein. Man kann nur hoffen, dass die SPD sich spätestens dann Sigmar Gabriels erinnert. Wenn sie einen Botschafter für Neukölln sucht. uka

Leipzig liest und diskutiert

Preisverleihung und Protest gegen rechte Verlage zum Auftakt der Buchmesse



Was sich in Büchern verbirgt, erfährt nur, wer sie liest.

Foto: imago/ikon Images

Berlin. An diesem Mittwochabend erhält Åsne Seierstad im Leipziger Gewandhaus den Buchpreis zur Europäischen Verständigung. Ausgezeichnet wird die norwegische Publizistin für ihr Buch »Einer von uns. Die Geschichte eines Massenmörders«. Darin rekonstruiert sie die Wundlung des Osloer Sprayers »Morg« zum Rechtsterroristen Anders Behring Breivik. Mit der Preisverleihung beginnt die diesjährige Leipziger Buchmesse, deren Tore von Donnerstag bis Sonntag für das Publikum geöffnet sind.

Ebenfalls für den Mittwochabend hat das Bündnis »Verlage gegen Rechts« zu einer Kundgebung unter dem Motto »Meinungsfreiheit nutzen, Rechten widersprechen« auf dem Augustusplatz aufgerufen. Rund 80 Verlage und über 200 Einzelpersonen haben sich der Initiative bislang angeschlossen, um gegen die Anwesenheit rechter Verlage auf der Buchmesse zu protestieren. Während der Öffnungstage plant das Bündnis zahlreiche Veranstaltungen auf der Messe. Aktionen an den Ständen rechter Publizisten hält Mitinitiatorin Zoë Beck indessen für »komplett falsch«. Auf der Frankfurter Buchmesse 2017 hatten Rechtspopulisten sich nach solchen Protesten als Opfer linker Gewalt und Intoleranz inszeniert.

Unter den 2600 Ausstellern, die in Leipzig ihre Publikationen, Produkte und Positionen präsentieren, sind nach der kurzfristigen Absage der Wochenzeitung »Junge Freiheit« gerade einmal drei, die extrem rechtes Gedankengut offensiv verbreiten. Ihrem Auftritt steht die Vielfalt der Bücher und Autoren gegenüber, die sich nicht zuletzt auf den 3600 Veranstaltungen während der Messe offenbaren wird. Diskutiert wird in Leipzig allerdings auch über den Strukturwandel, der der Branche zu schaffen macht. Die Zahl der Bücherkäufer geht in Deutschland seit Jahren rapide zurück – und mit ihr die Lesekultur. mha Seite 2

Trump feuert Außenminister

CIA-Chef soll Nachfolger werden

Washington. US-Präsident Donald Trump hat am Dienstag seinen Außenminister Rex Tillerson entlassen und CIA-Chef Mike Pompeo zu dessen Nachfolger bestimmt. Mit der Ablösung seines Ministers zog Trump nach eigenen Angaben die Konsequenzen aus Meinungsverschiedenheiten – etwa in der Iranpolitik. Tillersons designierter Nachfolger Pompeo gilt als Hardliner. An die Spitze des Auslandsgeheimdiensts CIA tritt mit der bisherigen Vizedirektorin Gina Haspel erstmals eine Frau.

Im US-Außenministerium hieß es, die Entlassung sei gegen Tillersons Willen erfolgt. »Der Minister hatte die Absicht, wegen der greifbaren Fortschritte in wichtigen Fragen der nationalen Sicherheit im Amt zu bleiben«, erklärte der Ministeriumsvertreter Steve Goldstein. Der Präsident und Tillerson hätten am Morgen nicht miteinander gesprochen, und Tillerson kenne nicht die Gründe für seine Ablösung. Als einen der Streitpunkte benannte Trump dann das Atomabkommen mit Iran. »Ich finde es schrecklich, er fand es okay«, sagte er. AFP/nd Seite 7

Türkei kesselt Kurden in Afrin ein

Belagerungsring um 300 000 Menschen in Nordsyrien

Damaskus. Knapp zwei Monate nach Beginn ihrer Offensive gegen die Kurdenmiliz Volksverteidigungseinheiten in Nordsyrien haben die türkischen Streitkräfte die Stadt Afrin eingekesselt. Die türkische Nachrichtenagentur Anadolu meldete am Dienstag unter Berufung auf die Armee, der Belagerungsring sei bereits am Vortag geschlossen worden. Die Syrische Beobachtungsstelle für Menschenrechte teilte mit, mehr als 300 000 Menschen seien nun in der Region eingeschlossen. Die humanitäre Lage habe sich in den vergangenen Wochen immer mehr zuspitzt. Tausende seien vor der türkischen Aggression geflohen. Strom- und Wasserversorgung in Afrin seien unterbrochen.

Im Rebellengebiet Ost-Ghuta nahe Damaskus gingen die Kämpfe ebenfalls weiter. Bilder des syrischen Senders Al-Ikhbaria zeigten, wie Busse Zivilisten aus dem Gebiet brachten. Aus den Fahrzeugen stiegen alte Menschen, Frauen, Kinder und Verletzte. Mitarbeiter des syrischen Roten Halbmonds nahmen sie in Empfang. dpa/nd Seite 7

Energie-Deal kostet Tausende Jobs

Die Konzerne E.on und RWE haben im vergangenen Jahr Milliardengewinne verbucht

Am Dienstag haben die Essener Energieriesen E.on und RWE Details der geplanten Neuordnung ihrer Geschäfte bekannt gegeben. Durch den Umbau fallen viele Stellen weg.

Berlin. Der geplante Deal zwischen den beiden Energieriesen E.on und RWE wird zum Verlust tausender Stellen führen. Ersten Berechnungen zufolge sei der Abbau von »maximal 5000 Arbeitsplätzen« zu erwarten, hieß es in einer gemeinsamen Pressemitteilung vom Montagabend. E.on rechne aber damit, im kommenden Jahrzehnt »tausende neue Arbeitsplätze« schaffen zu können.

Beide Konzerne sehen sich angesichts guter Jahreszahlen in einer »starken Position«. E.on machte vergangenes Jahr 1,4 Milliarden Euro Gewinn, fast 60 Prozent mehr als im Vorjahr. RWE verbuchte nach einem Milliardenverlust 2016 einen Gewinn von 1,9 Milliarden Euro.

Durch die Übernahme des Netz- und Vertriebsgeschäfts der RWE-Tochter Innogy erwartet E.on Kosteneinsparungen in Höhe von 600 bis 800 Millionen Euro jährlich ab 2022. Der Konzern verwies darauf, dass die Jobverluste weniger als sieben Prozent der dann 70 000 Beschäftigte umfassenden E.on-Beschäftigung ausmachen.

Man sei optimistisch, dass man ohne betriebsbedingte Kündigungen auskomme, sagte E.on-Chef Johannes Teyssen am Dienstag auf einer Pressekonferenz mit RWE in Essen. RWE-Chef Rolf Martin Schmitz sagte, bei RWE werde es durch die Transaktion keinen Personalabbau geben.

Im Rahmen eines Tauschs von Vermögenswerten und Geschäftsbereichen soll der durch RWE gehaltene Innogy-Anteil von 76,8 Prozent an den Konkurrenten E.on übertragen werden. Den Innogy-Aktionären unterbreitete E.on ein Übernahmeangebot. Zudem erhält RWE knapp 17 Prozent an

E.on und darf diesen Anteil nicht ausbauen oder verkaufen. Zudem übernimmt RWE den Bereich der erneuerbaren Energien von E.on.

Experten sehen trotz des Megadeals keine Gefahr einer Monopolbildung. »Die Konzentration von E.on auf Netze und Vertrieb ist unkritisch zu sehen«, sagte der Chef der Monopolkommission, Achim Wambach, der »Rheinischen Post«. Die Netze seien so reguliert, dass Firmen nicht über den Preis konkurrierten. Kritischer sieht er den Machtzuwachs von RWE bei der Stromerzeugung: Als Versorger mit konventioneller und erneuerbarer Energie werde RWE in zwei Märkten an Gewicht gewinnen. E.on will sich auf die Netze konzentrieren und 80 Prozent der Erträge damit verdienen. Derzeit sind es 65 Prozent.

Der Vorsitzende des Bunds der Energieverbraucher, Aribert Peters, forderte das Bundeskartellamt dagegen auf, eine Übernahme von Innogy durch E.on zu un-

tersagen: »Wir befürchten, dass das auch zu höheren Strompreisen für Verbraucher führt.« Für das Tauschgeschäft stehen noch Genehmigungen der Finanzaufsicht BaFin sowie von Kartellbehörden aus. Die Gewerkschaften ver.di und IG BCE hatten am Montag erklärt, sie begrüßten das Geschäft. Ob das auch nach der Ankündigung des Jobabbaus gilt, war am Dienstag nicht in Erfahrung zu bringen. Agenturen/nd

Lesen Sie heute im Ratgeber

Krankheitsanfälligkeit: Kündigung rechtens?

Mietrecht: Saison im Garten am Mietshaus

Steuerrecht: Häusliches Arbeitszimmer

